

Verunsichert, konfus, führungsschwach

Die USA, im Inneren gespalten, präsentieren sich auch außenpolitisch desolat – Der Untergang großer Reiche markiert die Fallhöhe für die Supermacht

Die Supermacht USA befindet sich in einer tiefen Krise. In der Außenpolitik fehlt es an einer zukunftsweisenden Strategie, und im Inneren macht das Land eine Identitätskrise durch. Der derzeit tobende feindselige, teure und letztlich abstoßende Präsidentschaftswahlkampf zeigt täglich erneut die tiefe Spaltung des Landes. Und es wird auch nicht besser, im Gegenteil.

Die beiden Parteien – Republikaner und Demokraten – mitsamt ihren Wählern sind völlig uneins, wie es weitergehen soll. Erbittert gestritten wird vor allem über Einwanderung, Klimaschutz, Abtreibung, die Gesundheitspolitik und wie immer über die richtige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Im Arbeitsleben sorgen die Rassenfrage und die sexuelle Identität und Gleichberechtigung der Geschlechter für ungeheure Konflikte. Ein wachsender Rassismus, Antisemitismus und die Zunahme extrem rechten Gedankenguts sind zu beobachten. Ja selbst in der Frage, welche Bücher für die Grundschulen akzeptabel sind, fliegen die Fetzen. Im Süden der USA kommt es immer öfter zum Verbot von Schulbüchern, die nicht dem traditionellen Gesellschaftsbild entsprechen, wie es vielleicht noch in den 1950er Jahren vorherrschte.

In jedem der 50 US-Bundesstaaten laufen die kontrovers geführten

„Manche Beobachter sprechen von einem bevorstehenden neuen Bürgerkrieg“

Diskussionen etwas anders, aber immer ähnlich feindselig. Wie schon vor mehr als 160 Jahren markiert die alte „Mason-Dixon-Linie“ die große Kluft zwischen dem Nordosten und dem Süden der USA. Manche Beobachter sprechen gar von einem bevorstehenden neuen Bürgerkrieg, gerade wenn viele Amerikaner den Ausgang der bevorstehenden Präsidentschaftswahl nicht akzeptieren und von Wahlbetrug ausgehen sollten. Dessen Verwüstung schwächte die USA nicht nur militärisch, wirtschaftlich und moralisch, sie stärkte auch gewaltig die Machtfülle des Iran im Nahen Osten. Das Mullah-Regime begann bald, die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah massiv zu unterstützen und viel anderes Unheil anzurichten. Zahlreiche neue Flüchtlinge aus dem Nahen Osten versuchten nach Europa zu gelangen. Die Schwächung des Iraks führte auch zur Gründung neuer Terrororganisationen in der Region, nicht zuletzt des brutalen IS.

Bisher jedenfalls verhaltene Präsident Joe Bidens wiederholte Mahnung, dass die USA alle ihre Probleme bewältigen könnten, wenn das Land denn zur Einheit zurückfände.

Auch in der Außenpolitik haben die USA weitgehend ihren Anker verloren. Selten ergreift Washington die Initiative. Meist reagieren die USA nur noch auf die von anderen geschaffenen neuen Tatsachen. Das gilt für feindlich gesinnte Länder wie Russland, China und Nordkorea,



KLAUS LARRES

ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina, Chapel Hill, und Global Fellow am Wilson Center in Washington D.C.

In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

aber auch für Verbündete wie Israel. Viele Staaten gehen davon aus, dass sich die USA auf dem absteigenden Ast befinden und nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren – die Rolle des Weltpolizisten spielen können. China und Russland sprechen offen vom Niedergang der USA als globaler Macht, ja die Machthaber in Peking und Moskau sehen sich dadurch geradezu motiviert, ihren antiwestlichen Kurs forsch weiterzuverfolgen. Sie sind überzeugt, dass die USA entweder überlastet zusammenbrechen oder sich frustriert von der Weltbühne abwenden und einem neuen Isolationismus hingeben werden.

Während des Kalten Kriegs waren sich West und Ost weitgehend darüber im Klaren, welche großen außenpolitische Vorstellungen und Ziele die USA verfolgten. Ungeachtet aller Kritik wurde die Außenpolitik der USA im eigenen Land von der großen Mehrheit der politischen Klasse mitgetragen. Und ganz unabhängig vom Parteibuch des jeweiligen Präsidenten blieb die Außenpolitik der USA in den großen Zügen stabil, rational und kalkulierbar.

Das hat sich radikal geändert. Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts macht es einen riesengroßen Unterschied, welche Partei den Präsidenten stellt. Der Wendepunkt kam mit George W. Bush und seiner illegalen, unsinnigen Invasion im Irak 2003. Wäre Al Gore der Sieger der Wahl von 2000 gewesen, hätte wohl auch er – wie Bush – Afghanistan angegriffen, um die Auslieferung Osama Bin Ladens zu erzwingen, des Verantwortlichen für den 11. September 2001, nicht aber den Irak.

Dessen Verwüstung schwächte die USA nicht nur militärisch, wirtschaftlich und moralisch, sie stärkte auch gewaltig die Machtfülle des Iran im Nahen Osten. Das Mullah-Regime begann bald, die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah massiv zu unterstützen und viel anderes Unheil anzurichten. Zahlreiche neue Flüchtlinge aus dem Nahen Osten versuchten nach Europa zu gelangen. Die Schwächung des Iraks führte auch zur Gründung neuer Terrororganisationen in der Region, nicht zuletzt des brutalen IS.

Für die große Rezession von 2007/2008 und die finanzpolitische Schwächung der gesamten westli-

chen Welt zeichnete die Bush-Regierung ebenfalls verantwortlich. China und Russland beobachteten die unerwarteten, größtenteils selbstverschuldeten Schwierigkeiten der USA mit Erstaunen und Genugtuung – und zogen entsprechende Lehren für ihre eigene, immer offensivere Außenpolitik.

Seit der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts verhalten sich die USA strategisch konfus und verunsichert. Von einer großen Linie ist nicht viel zu spüren. Ein gutes Beispiel ist die Klimapolitik. Präsident Bill Clinton unterzeichnete 1998 das Kyoto-Protokoll, Bush junior beendete 2001 die Mitgliedschaft der USA, Barack Obama unterzeichnete dann 2015 das erheblich breiter angelegte Pariser Abkommen, Donald Trump zog sich 2017 davon zurück, Biden trat ihm 2021 wieder bei. Ein solch wirres Verhalten kann sich eigentlich auch eine Supermacht nicht leisten.

Von einer großen außenpolitischen Zukunftsstrategie ist auch jetzt in den Programmen beider Präsidentschaftskandidaten nicht viel zu erkennen. Während Kamala Harris ein weitgehend unbeschriebenes außenpolitisches Blatt ist, hatte sich die erste Trump-Administration mit Chaos und einer emotional geleiteten Außenpolitik hervorgetan.

Nun wurden auch in der Vergangenheit immer wieder Abstieg und

„Abstieg und Verfall der USA wurden auch schon in der Vergangenheit immer wieder beschworen“

Verfall der USA beschworen. Die Literatur zum „American Decline“ füllt ganze Bibliotheken. Letztlich hat das Land sich aber immer wieder berappelt. Nach den schwierigen 1960er und 1970er Jahren brachte die Reagan-Ära eine Renaissance mit dem Ausgang des Kalten Kriegs zugunsten der USA und in der Folge einer Dekade unangefochtenen weltpolitischen und ökonomischen Triumphs der USA.

Unter Biden hat sich die Wirtschafts-, Industrie- und Bündnispolitik der USA wundersam neu aufgestellt. Lassen die USA womöglich mit einer überparteilichen, zukunftsweisenden, konstruktiven außenpolitischen Strategie in Kürze auch ihre defensive Politik im Nahen Osten und den holprigen, schlecht durchdachten Versuch zur Eindämmung Chinas und Russlands hinter sich? Ganz ausgeschlossen ist das nicht, aber angesichts der inneren Zerrüttung eben doch unwahrscheinlich. Der Untergang des Römischen Reichs und der Zerfall des britischen Empires markieren die Fallhöhe für die Supermacht USA.